

Es wird eng

Bald leben zwei Millionen Ausländer in der Schweiz



Zugspendler im Zürcher Hauptbahnhof. (Bild: Keystone / Gaetan Bally)

Überfüllte Züge, steigende Mieten und ein Verdrängungskampf auf dem Arbeitsmarkt. Die offenen Grenzen zur EU locken Ausländer in Rekordzahlen in die Schweiz. Sie würden uns Wachstum und Wohlstand beschern, beteuern der Bund und die Wirtschaft. Das ist nur die halbe Wahrheit: Viele Ausländer aus der EU sind unqualifiziert und können zur Belastung für das Sozialsystem werden.

Von Gordana Mijuk und Michael Furger

Im Minutentakt trafen die E-Mails ein. Am Anfang wollte er noch zurückschreiben. Doch kaum hatte er eine Antwort beendet, trafen drei neue ein. Auf Philipp Müllers Schreibtisch stapeln sich Briefe, auch das Reaktionen. Der Aargauer Nationalrat hat ausgesprochen, was viele denken, was viele stört. «Die Leute haben genug von der Zunahme des Gedränges», sagte er im Interview mit dem «Migros-Magazin». Er hinterfragte das Wirtschaftswachstum und den Zustrom von ausländischen Arbeitskräften, und das als Freisinniger. Dafür erhielt er keine Schelte, sondern Applaus – von allen Seiten.

Grund für das Gedränge ist das Bevölkerungswachstum. 7,8 Millionen Menschen leben heute in der Schweiz. Schon in einem Jahrzehnt könnten es fast 9 Millionen und in 25 Jahren 10 Millionen sein, prognostizierte jüngst das Bundesamt für Statistik. Setzt sich dieser Trend fort, so rechneten die Statistiker, leben 2060 rund 11,3 Millionen Menschen in der Schweiz. Ein Wachstum um fast 50 Prozent. Dabei fühlt es sich schon jetzt eng an: Immer mehr Menschen drängen sich in die Züge, wollen dieselbe Wohnung, denselben Job, denselben Studienplatz.

Belastung

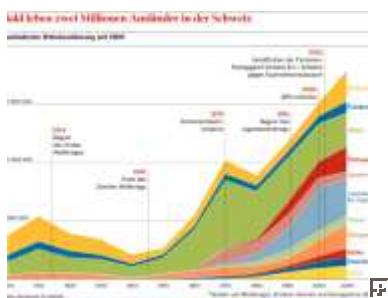
17. April 2011, NZZ

Von alleine würde die Schweiz kaum wachsen, mit anderthalb Kindern pro Frau ist die Geburtenrate zu tief. Die Schweiz wächst aufgrund der Zuwanderung. Treiber ist die Personenfreizügigkeit. Seit ihrer Einführung 2002 sind jedes Jahr im Schnitt fast 120 000 Menschen in die Schweiz eingereist, gleichzeitig wanderten nur 63 000 aus.

Spürbar wird dieser Zustrom beim knappen Boden. Gut betuchte Zuwanderer treiben die Preise von Wohnungen und Häusern in die Höhe, und zwar in den grossen Zentren und steuergünstigen Agglomerationen. Viele Einheimische werden wegen der hohen Mieten in die umliegenden Gemeinden abgedrängt. Die ausländischen Zuzüger sind zwar nicht die einzigen Preistreiber. Frappant ist jedoch, dass in grösseren Zentren derzeit eine eigentliche Rochade mit Schweizern stattfindet, wie die Immobilienberatungsfirma Wüest & Partner 2010 festgestellt hat.

Das Gedränge wird sich verschärfen, zum Beispiel im Verkehr. Gemäss den Szenarien des Bundes wird der Personenverkehr auf der Schiene zwischen 2007 und 2030 um rund 60 Prozent, der Güterverkehr sogar um 70 Prozent zunehmen. Die Entwicklung beruht nicht nur auf der Bevölkerungszunahme – aber auch. An den Hochschulen steigt die Zahl ausländischer Studierender und Doktoranden rasant, in den letzten Jahren um jährlich 10 Prozent. Bereits sind 22 Prozent der Studierenden an Schweizer Hochschulen Ausländer. Sie sind ein zentraler Faktor dafür, weshalb Hochschulen beim Raum- und Personalangebot an Grenzen stossen. Auch der Energieverbrauch steigt. Die Schweizer Bevölkerung verbrauchte 2010 so viel Strom wie noch nie: 4 Prozent mehr als im Vorjahr.

Im Gegensatz zu anderen Ausländer- und Einwanderungsdebatten geht es diesmal nicht in erster Linie um Überfremdung. Es sind nicht die Italiener, Jugoslawen oder die Deutschen, die stören. Es geht um die Masse, die uns die Zuwanderung beschert hat.



(Bild: NZZ am Sonntag / Bundesamt für Statistik)

Die SVP fordert, die Personenfreizügigkeit mit der EU zu kündigen. Ecopop, eine grün angehauchte Organisation, will mit einer Initiative die Zunahme der Wohnbevölkerung auf 0,2 Prozent beschränken. Diese Woche haben auch die Bundesparlamentarier signalisiert, dass sie die Zuwanderung beschäftigt. Sie forderten den Bundesrat in einer etwas unbeholfen formulierten Motion auf, die

Zuwanderung in «geordnete Bahnen zu lenken». Der Bund und die grossen Wirtschaftsverbände werden derweil nicht müde, zu sagen, dass die Schweizer Wirtschaft von der Personenfreizügigkeit profitiere. Sie habe der Wirtschaft einen «aussergewöhnlich starken Aufschwung» ermöglicht, heisst es beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco). «Vor der Finanzkrise hatten wir BIP-Wachstumsraten von 3,5 bis 4 Prozent. Jährlich wurden so 85 000 Arbeitsplätze geschaffen. Heute, nach der Finanzkrise, haben wir immer noch 120 000 Arbeitsplätze mehr als vor der Krise», freut sich Serge Gaillard, Leiter der Direktion für Arbeit im Seco. Die neuen Zuwanderer seien überdurchschnittlich ausgebildet, verrichteten hochqualifizierte Arbeit und verdienten gut, sagt er. Sie konsumierten viel, zahlten hohe Steuern und finanzierten zudem die AHV mit, weil sie mehr AHV-Beiträge einzahlten, als sie als Pensionäre einmal beziehen würden.

Die Darstellung des Bundes ist allerdings nur die eine Seite der Medaille. Zwar ist die grösste Gruppe der Einwanderer, die Deutschen, im Schnitt besser ausgebildet als die Schweizer Bevölkerung. Die zweitgrösste Gruppe kommt allerdings aus Portugal und weist wie die zahlreichen Ausländer aus den Balkanländern einen bedenklich tiefen Bildungsstand auf. Zwei Drittel der Portugiesen haben lediglich die obligatorische Schule besucht. Ihre Kinder gehören überdurchschnittlich oft zur Gruppe der Schulversager.

Auch Unqualifizierte kommen

Zweitens hat längst nicht jeder, der als Folge der Personenfreizügigkeit in die Schweiz kommt, hier eine Arbeitsstelle. Ein Drittel der Eingewanderten kamen im Rahmen des Familiennachzugs in die Schweiz: Es sind Ehepartner, Kinder, Eltern, Schwiegereltern und Grosseltern von jenen Ausländern, die hier eine Arbeit gefunden haben.

Vor allem Unqualifizierte und deren Familiennachzug seien eine Belastung für das Schweizer Sozialsystem, sagt der Volkswirtschaftler und ehemalige Preisüberwacher Rudolf Strahm (SP). Sie würden von eingewanderten Arbeitnehmern verdrängt, die entweder besser qualifiziert oder bereit seien, zu tieferen Löhnen zu arbeiten. In der Gastronomie habe die Verdrängung bereits stattgefunden. Servierten früher Kellner aus dem Balkan den Kaffee, sind es heute solche aus Deutschland. Ihr Vorteil: Sie sprechen deutsch. Ihre Vorgänger wurden teilweise ins Sozialsystem abgedrängt.

Gleiches befürchtet Strahm im Bereich der Landwirtschaft. Ab dem 1. Mai gilt für die EU-Länder des Ostens die unbeschränkte Personenfreizügigkeit. Laut Strahm dürften Einwanderer aus Polen die portugiesischen Gemüseflücker in die Arbeitslosigkeit abdrängen, weil sie bereit sind, zu tieferen Löhnen zu arbeiten. Ein Konkurrenzkampf finde auch in Mittelschicht-Berufen statt. «Kaufmännische Angestellte aus der Schweiz werden durch junge Bachelors aus dem Ausland verdrängt.» Für Strahm ist klar: «Die Personenfreizügigkeit ist nicht nur eine

17. April 2011, NZZ

Zuwanderung in den Arbeitsmarkt, sondern auch eine Zuwanderung in unser Sozialsystem. Sie hat zudem die Sockelarbeitslosigkeit erhöht.»

Die Einwanderung in die Sozialhilfe gebe es, bestätigt Walter Schmid, Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe. Doch die Zahl sei nicht signifikant. Allerdings sagt Schmid auch, dass in der neuen Zuwanderung auch Unqualifizierte mit Familie in die Schweiz ziehen. Das sei bisher verschleiert worden. Mit einem Ansturm aus dem Osten ab dem 1. Mai rechnet Schmid nicht: «Es wird in der Schweiz keine Invasion geben, solange SVP-Exponenten nicht Osteuropäer für ihre Erdbeerplantagen holen.»

Einwanderungswellen

Industrielle Revolution: Im Rahmen der zweiten industriellen Revolution wanderten zwischen 1888 und 1910 rund 260 000 Ausländer ein.

1. und 2. Weltkrieg: Während der beiden Weltkriege und der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre versiegte die Einwanderung praktisch vollständig.

Nachkriegsphase: Die grösste Migrationswelle erlebte die Schweiz zwischen 1951 und 1970, als 2,68 Millionen Ausländer einwanderten. Gleichzeitig wurden 3 Millionen Saisonierbewilligungen ausgestellt.

Ausländerabstimmungen: Die Überfremdungsbewegung gewann in den 60er Jahren Einfluss und führte 1970 zur Schwarzenbach-Initiative. Sie wollte die ausländische Bevölkerung auf 10 Prozent beschränken und scheiterte knapp mit 46 Prozent Ja. In den 80er Jahren wurde Ex-Jugoslawien zur Hauptquelle der Zuwanderung. Die 18-Prozent-Initiative war ein neuer Versuch einer Begrenzung. Sie wurde klar verworfen.

Neue Zuwanderung: Ab 2002 wurde der freie Personenverkehr zwischen der Schweiz und den EU-/Efta-Staaten schrittweise eingeführt.

Die neuen Zuwanderer wurden auch deshalb begrüsst, weil man davon ausging, sie würden die Schweiz im Fall einer Krise wieder verlassen. Dies war eine Fehlprognose. Gaillard räumt ein, dass die Migration fast nicht auf die Wirtschaftslage reagiere. Die Krise in der Schweiz habe aber nur wenige Branchen getroffen, erklärt Gaillard. Zudem gibt es auch Experten, die das Ausmass des Wirtschaftswachstums relativieren. Relevant sei nämlich nicht das vom Bund gelobte starke Wachstum des Bruttoinlandproduktes (BIP), sagt Reiner Eichenberger, Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg. Der Einzelne habe nichts davon, wenn das Wirtschaftswachstum nur aufgrund des Bevölkerungswachstums steige. Das BIP-Wachstum pro Kopf zähle. Mit 1,5 Prozent sei dieses weit weniger lobenswert.

Die Besorgnis über die Zuwanderung sei in der Bevölkerung mittlerweile gross, sagt Rudolf Strahm. Ohne Massnahmen werde sich dieser Druck politisch ähnlich

entladen wie seinerzeit durch die Minarett-Initiative. «Es wäre möglich, dass eine Initiative zur Aufkündigung der Personenfreizügigkeit dereinst eine Mehrheit findet.»

Wer wandert ein?

Hochqualifizierte, Unqualifizierte, Familien, Studierende und Asylsuchende

Es ist unbestritten: Die Personenfreizügigkeit hat Arbeitskräfte mit guter Bildung angezogen. Die grösste Gruppe der Einwanderer sind seit einigen Jahren die Deutschen. Von den 134 200 Einwanderern im Jahr 2010 kamen 30 700 (23 Prozent) aus Deutschland. Sie sind überdurchschnittlich gut gebildet. Fast 60 Prozent verfügen über einen Hochschulabschluss oder eine höhere Berufsbildung (siehe Grafik). Ähnlich sieht es bei den Franzosen aus, die 9 Prozent der Einwanderer ausmachen.

Durch die Personenfreizügigkeit strömen aber auch unqualifizierte Ausländer in die Schweiz, und das nicht zu knapp. Sie stammen vor allem aus Süd- und Osteuropa. Die zweitgrösste Einwanderungsgruppe mit rund 13 000 Personen (10 Prozent) im letzten Jahr sind die Portugiesen. Fast zwei Drittel von ihnen haben nur die obligatorische Schule besucht, haben also keine Berufslehre oder Maturitätsschule absolviert (siehe Grafik). Das Bundesamt für Migration stellt in einem Bericht 2010 zudem fest, dass portugiesische Kinder überdurchschnittlich häufig Sonderklassen und Sekundarschultypen mit tiefem Niveau besuchen. Bloss rund die Hälfte der Portugiesen sagt von sich, die Lokalsprache gut zu beherrschen. Ähnlich schlecht gebildet sind die Einwanderer aus der Türkei und dem Balkan. 53 Prozent von ihnen haben lediglich die obligatorische Schule besucht. Über alle Ausländer in der Schweiz gesehen, können 30 Prozent nur einen Abschluss der obligatorischen Schule vorweisen.

Wer in der Schweiz als Ausländer eine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung hat, kann seine Familie ins Land holen. Dies gilt etwa für sämtliche Ausländer, die durch die freie Personenfreizügigkeit aus EU- und EFTA-Ländern einreisen. Sie dürfen nicht nur ihre Ehegatten und Kinder bis 21 Jahre einreisen lassen, sondern auch die eigenen Eltern und Grosseltern sowie jene des Ehepartners. 34 000 Personen sind im Jahr 2009 auf diese Weise in die Schweiz gezogen. Weitere rund 10 000 Personen kommen durch Eheschliessungen mit Schweizern oder durch den Familiennachzug von Schweizern ins Land.

Seit der Bologna-Reform sind die Schweizer Universitäten mit ihrer hohen Qualität, den tiefen Gebühren und den fehlenden Selektionsinstrumenten zum Ziel für ausländische Studierende geworden. Rund 29 400 sind derzeit eingeschrieben. Das entspricht einem Anteil von 22 Prozent. Die meisten Studierenden (31 Prozent) kommen aus Deutschland. Weitere 8000 Ausländer studieren an Fachhochschulen. Der Anteil der ausländischen Hochschulstudierenden wächst rasant. Die Zahl hat sich in neun Jahren mehr als verdoppelt; allein in den letzten drei Jahren betrug der jährliche Zuwachs 10 Prozent. Der Trend dürfte anhalten. Die Zahl der Universitäts-Studierenden soll laut einer Prognose des Bundesamtes für Statistik (BFS) bis 2019 von 131 500 auf 145 500 steigen. Stark dazu beitragen soll gemäss BFS der Zustrom aus dem Ausland.

17. April 2011, NZZ

Rund 37 500 Ausländer befinden sich derzeit in der Schweiz, weil sie Asyl suchen. Sie stammen im Wesentlichen aus Afrika, Asien und den Ländern des ehemaligen Jugoslawien. 23 500 von ihnen sind vorläufig aufgenommen. Ihr Aufenthalt wird nur jeweils für 12 Monate bewilligt, und Arbeit ist nur mit einer speziellen Bewilligung möglich. Bei den anderen Asylsuchenden ist das Verfahren hängig. Daneben leben in der Schweiz rund 23 600 anerkannte Flüchtlinge (Stand Ende 2009). Sie besitzen eine Aufenthaltsbewilligung und dürfen arbeiten. Letztes Jahr erhielten rund 3100 Asylsuchende den Status eines anerkannten Flüchtlings. (fur.)